

Koalitionskrise: Kommen jetzt die Pensionskürzungen für Millionen Österreicher?

Aktuelle Verhandlungen zur neuen ÖVP-FPÖ-Koalition am 3. Februar 2025: Pensionskürzungen und Steueranpassungen im Fokus.

Österreich - Im Schatten der Koalitionsverhandlungen zwischen der FPÖ und der ÖVP, die nach der Nationalratswahl im September 2024 in vollem Gange sind, kündigen sich bedeutende Änderungen für die Pensionisten in Österreich an. Derzeit stehen die beiden Parteichefs Herbert Kickl und Christian Stocker vor entscheidenden Gesprächen, die am 3. und 4. Februar 2025 stattfinden. Laut **5 Minuten** könnten die Gespräche über die lange angekündigte Netto-Pensionskürzung durch die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge auf 6 Prozent entschieden werden, was vielen eine Kürzung um Hunderte Euro bescheren würde. In den Verhandlungen gibt es noch strittige Punkte, unter anderem zur von der FPÖ geforderten Bankenabgabe und weiteren außenpolitischen Fragen, die zusätzliche Spannung erzeugen.

Die geplante Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge von 5,1 auf 6 Prozent ist nicht das einzige, was die Pensionisten aufhorchen lässt. In einer positiven Wendung erhalten seit dem 1. Januar 2025 Millionen von Menschen in Österreich eine Pensionserhöhung von 4,6 Prozent, wie **finanz.at** berichtet. Diese Erhöhung übersteigt die Inflation des vorangegangenen Jahres und bringt für viele eine spürbare Entlastung. Zudem steigt die Ausgleichszulage für Mindestpensionen auf 1.273,99 Euro pro Monat, was auch die Grenze für die Befreiung von

verschiedenen Gebühren anhebt. Neben den höheren Pensionen profitieren die Arbeitnehmer von einer Steuersenkung, die ebenfalls zu einem Anstieg der Netto-Einkommen führt, was den finanziellen Druck auf viele Bürger verringert.

Finanzielle Unsicherheiten bleiben bestehen

Nichtsdestotrotz bleibt die Unsicherheit über die Rentenpolitik bestehen. Finanzminister Gunter Mayr verweist darauf, dass die erhöhten Krankenversicherungsbeiträge zunächst nur als „Platzhalter“ gedacht sind und möglicherweise durch andere finanzielle Maßnahmen ersetzt werden könnten. Dies könnte bedeuten, dass die Drohung einer Pensionskürzung nicht in Stein gemeißelt ist. Während anscheinend Fortschritte bei den Verhandlungen erzielt wurden, bleibt abzuwarten, wie sich die Diskussionen in den kommenden Tagen entwickeln werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.5min.at• www.finanz.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at